

## **Standpunktpapier des Beraterkreises zur aktuellen Arbeit des Jenaer Runden Tisches für Demokratie**

### **Das Anliegen des Runden Tisches**

Ausgehend von der neonazistischen Bedrohungslage der 1990er Jahre in Jena gegen MigrantInnen, Minderheiten, politisch Engagierte oder auch gegen Menschen, die der neonazistischen Ideologie und Gewalt ablehnend gegenüberstanden, wurde im Jahr 2000 das Jenaer Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz durch den Jenaer Stadtrat ins Leben gerufen. Im Bewusstsein, dass es eine starke, lebendige und handlungsfähige Zivilgesellschaft braucht, die einem grassierenden Neonazismus mit den Werten einer offenen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft entgegen tritt, wurde der Jenaer Runde Tisch für Demokratie etabliert. Dieser soll als Ort gelebter Demokratie Raum für Austausch, Vernetzung, Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen. Dabei sollen MitarbeiterInnen gesellschaftlicher, als auch kommunaler Einrichtungen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft gemeinsam zur Umsetzung des Stadtprogramm beitragen.

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa, Deutschland und Jena der letzten drei Jahre zum Anlass nehmend, möchten wir uns gemeinsam der Frage stellen, welche Themen und Formate am Runden Tisch stattgefunden haben, ob und wie diese ergänzt werden können, damit die Arbeit am Runden Tisch auch zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen in einer toleranten, offenen und internationalen Stadt und einem entschlossenen Handeln gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gerecht werden kann.

### **Konzept zur konzertierten Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Jena**

Mit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) am 04. November 2011 wurde der Jenaer Stadtgesellschaft bekannt, dass das Kerntrio, als auch Teile seines UnterstützerInnen-Netzwerk in Jena sozialisiert wurden, sich hier radikalisierten, Anschläge und Übergriffe in Jena verübten und von hieraus in den Untergrund gingen. Dennoch blieb ein größerer und bundesweit wahrnehmbarer gesellschaftlicher Aufschrei oder gar Aufarbeitung der eigenen Verantwortung in Jena weitgehend aus. Dennoch gilt: Wir sind alle Zeuginnen der Taten des NSU.

Nachdem nun 2018 der Hauptprozess gegen fünf Angeklagte in München mit teils ungenügenden Urteilen zu Ende gegangen ist und die Frage nach weiteren Strafprozesse gegen NSU-UnterstützerInnen und staatlichen VerantwortungsträgerInnen offen ist, stellt sich um so eindringlicher die Frage der Aufarbeitung in Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Daher setzten einzelne AkteurInnen und der Beraterkreis immer wieder Impulse am Runden Tisch, mit dem Ziel eine Auseinandersetzung in der Stadtgesellschaft anzustoßen und auf einen thematischen Auseinandersetzungsort in Jena hinzuwirken - zuletzt Ende 2016 mit der Veröffentlichung eines Konzeptpapiers unter dem Titel „Erinnern im Kontext des NSU-Komplexes“. Seit dem stagniert – abgesehen von einer sehenswerten Werkstattausstellung der JG Stadtmitte - die Weiterverfolgung des Themas. Es stellt sich daher die Frage, wie eine breite gesellschaftliche Aufarbeitung des Thema im Kontext des Runden Tisches aussehen und gelingen kann? Welche Bündnisse geschmiedet, welche Forderungen erhoben und welche Fragen gestellt werden müssen?

### **Intervention gegen Akteure der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit**

Im Juni 2015 wurde im Stadtgebiet von Jena erstmals seit 2007 wieder eine größere Demonstration der extremen Rechten angemeldet. Bis Ende 2017 folgten weitere Demonstrationen im Stadtzentrum. Konnte die Jenaer Zivilgesellschaft anfangs auch durch Mittel des zivilen Ungehorsams noch Erfolge gegen die neonazistischen Raumnahmeveruche erzielen, wurde dies im Verlauf durch ein massives Polizei- und Materialaufgebot, großräumige Stadtteilsperungen, als auch durch als verschärft wahrgenommene Versammlungsaufgaben bzw. den Erlass einer Allgemeinverfügung erschwert. Am Runden Tisch selber und bei einer durch den Beraterkreis initiierten Podiumsdiskussion wurde eben jenes Spannungsverhältnis aus zivilgesellschaftlichem Protest und lokaler Umsetzung versammlungsrechtlicher Grundrechte diskutiert. Dabei scheinen gegenwärtig alle Argumente zwischen VertreterInnen der Stadt und der Zivilgesellschaft ausgetauscht zu sein, ein Fortsetzung der Debatte wird durch eine nächste, größere Demonstrationssituation oder einen Gerichtsentscheid zu Rechtmäßigkeit der erlassenen Allgemeinverfügung zu erwarten sein. Unabhängig davon stellt sich die Frage, welchen Stellenwert zivilgesellschaftlicher Protest und seine Umsetzungsformen gegen die extreme Rechte und Rechtspopulismus zukünftig in Jena haben. Der Runde Tisch muss daher als Ort des gegenseitigen Verstehens und der Aushandlung dieses Spannungsverhältnisses erhalten bleiben, denn in Zeiten eines gesellschaftlichen

Rechtsrucks braucht es eine verlässliche Bindung von Politik und Verwaltung an die liberale Gesellschaft.

### **Stadt für Alle – Umgang mit Jugendlichen im öffentlichen Raum**

Ein weiterer Themenkomplex am Runden Tisch betraf die Frage nach dem städtischen Umgang mit Jugendlichen, welche sich im öffentlichen Raum bewegen. Der Komplex umfasste dabei drei Schwerpunkte. Die seit 2016 laufende Verdrängung zumeist migrantischer Jugendlicher auf Grund von anhaltenden Polizeikontrollen in Lobeda, über das Jenaer Paradies bis hin zur Innenstadt. Die Problematik, welche erst kürzlich unter dem Slogan „Die Stadt gehört auch uns“ durch Jugendliche, unterstützt durch die MitarbeiterInnen und Einrichtungen der städtischen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit öffentlich artikuliert wurde, weist darauf hin, dass es ihnen an Gestaltungs- und Aufenthaltsräumen im öffentlichen Raum fehlt und Jugendliche einem erhöhten polizeilichen Kontrolldruck ausgesetzt sind. Sie fordern daher, das Belange von Heranwachsenden stärker in der Stadt- und Sozialplanung berücksichtigt werden müssen. Eine dritter Aspekt dreht sich um die Frage nach einer angemessenen medialen Darstellung durch Polizei und Medien von straffälligen Jugendlichen und der damit verbundenen Perzeption in der Jenaer Bevölkerung.

Die Themensetzung „Recht auf Stadt“ erweiterte das Portfolio des Runden Tisches um eine zusätzliche Fragestellung mit dem Ziel, unter Einbezug verschiedener AkteurInnen zur gegenseitigen Verständigung und zur Versachlichung der medialen Darstellung beitragen zu können. Zukünftig könnten somit auch Fragen nach Diskriminierung auf dem städtischen Wohnungsmarkt und urbanen Verdrängungsprozessen eine stärkere Rolle am Runden Tisch erfahren.

### **Gegen jeden Antisemitismus**

Im Themenfeld Antisemitismus wurde die Jenaer Stadtgesellschaft erstmals mit dem öffentlichen Auftreten des weltweit agierenden Netzwerkes „Boycott, Desinvestment, Sanctions“ (BDS) konfrontiert. Der Runde Tisch wurde über die Aktivitäten einzelner AktivistInnen informiert und wird sich auch zukünftig anlassbezogen damit beschäftigen. Mit Bedauern nahmen der Beraterkreis zur Kenntnis, dass die Ermittlungen zum Singen eines antisemitischen Liedes im Rahmen einer AfD-Demonstration 2017 zunächst durch die Staatsanwaltschaft Gera eingestellt wurden. Dies trägt aus Sicht des Beraterkreises und KoKont zu einer Normalisierung offen antisemitischer oder Antisemitismus vorschubleistender Äußerungen bei. Zwischenzeitlich wurde der Bescheid der

Staatsanwaltschaft Gera durch die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft wieder aufgehoben. Die Ermittlungen sind wieder aufgenommen worden.

Diese Beispiele reihen sich in einen bundesweiten Trend des Anstiegs antisemitisch motivierter Vorfälle und Straftaten ein. Es gilt daher zukünftig wieder geschlossener am Runden Tisch gegen Antisemitismus einzutreten. Dies setzt ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung resultierend aus den Gräueltaten der Shoa und einen gemeinsamen Verständigungsprozess zu aktuellen Formen des Antisemitismus voraus.

### **Flucht und Migration – Herausforderungen nach dem Sommer der Migration**

Nach dem kurzzeitigen Zusammenbruch des europäischen Grenzregimes im Sommer 2015, ausgelöst durch Menschen, die ihr Recht auf Schutz und humane Lebensbedingungen einforderten und in einem Akt der Selbstermächtigung auch nach Deutschland und Jena kamen, waren die lokalen städtischen Verantwortungsstrukturen erheblich herausgefordert. Eine flächendeckende, menschenwürdige Unterbringung und Versorgung konnte erst nach einiger Zeit für alle angekommenen Menschen realisiert werden. Unterstützt wurden die staatlichen Stellen dabei von Beginn an durch die vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft, deren Unterstützangebote bis heute andauern und sich verstetigt haben. Der Runde Tisch konnte hier als Ort für einen überinstitutionellen Austausch zwischen städtischen Strukturen und mehrheitlich ehrenamtlichen UnterstützInnen dienen, doch bot er auch den Rahmen auf Missstände aufmerksam zu machen und Forderungen an die Verwaltung zu artikulieren. Dabei haben sich die Anforderungen über die Zeit stark verändert, von der Nothilfe hin zu Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Problemlagen, bei gleichzeitig rückläufiger Anzahl ehrenamtlich aktiv Helfender. Überlagert wird diese Bereitschaft zur Hilfe auf der einen Seite von einer in Qualität und Quantität stark gestiegenen Angriffszahl durch häufig rassistisch motivierte TäterInnen. Dieser Tendenz des sich offen artikulierenden Rassismus in der Gesellschaft, gilt es eine entschiedene Haltung der Mitmenschlichkeit und ein eindeutiges Bekenntnis zur solidarischen, freien und demokratischen Gesellschaft gleichwertiger Menschen entgegenzusetzen. Ein weiteres Ziel sollte dabei die Stärkung und Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen und ihre Teilnahme am Runden Tisch sein. Dieser soll auch zukünftig Plattform und Austauschort für aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und gelebte Solidarität sein.

Jena, 20.08.18, Beraterkreis des Runden Tisches für Demokratie Jena